Beschluss Kieler Strände schützen

Antragsteller*in:	Vorstand, Martina Baum (KV Kiel)
Tagesordnungspunkt:	4.4.2 Kieler Strände schützen - Kreisvorstand / Martina Baum

Antragstext

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Um die Kieler Strände als Naherholungs- und Naturräume zu schützen und in der Bevölkerung ein Bewusstsein für die dort vorhandenen Umweltproblematiken zu schaffen, beschließt die Kreismitgliederversammlung folgende Maßnahmen:

- Die Ratsfraktion wird aufgefordert, sich in der Ratsversammlung dafür einzusetzen,
- dass an den Eingängen zu den Kieler Stränden Mitnehm-Aschenbecher bereitgestellt werden.

Dabei sollen existierende Vorbilder, wie die jüngst am Falckensteiner Strand aufgestellte Leihaschenbecherstation oder die Hosentaschenaschenbecher aus Warnemünde,[1] dahingehend geprüft werden, welche Variante bei größtmöglicher Müllvermeidung am effektivsten zur Benutzung einlädt. Von dieser Prüfung ausdrücklich ausgeschlossen, sind von der Tabakindustrie kostenlos bereitgestellte Strandaschenbecher, welche mit den Namen von Tabakmarken oder anderer Werbung bedruckt sind. Die Beschilderung der Ausgabestationen soll die Umweltgefahren liegengelassener Zigarettenkippen leicht verständlich vermitteln.

Nach einer angemessenen Zeit soll evaluiert werden, ob eine Fortführung und/oder eine Anpassung der Maßnahme sinnvoll ist.

- dass an bestimmten stark frequentierten Plätzen, wie dem Grillplatz am Falckensteiner Strand, fest installierte Aschenbecher aufgestellt werden.[2]
- dass eine Müllvermeidungsregelung mit der Strandgastronomie getroffen wird, die verhindert, dass in Strandnähe Plastikeinweggeschirr, -besteck und -becher in Umlauf gebracht werden.

Gleiches soll für sämtliche Veranstaltungen an den Kieler Stränden gelten, die von der Stadt selbst durchgeführt werden oder von ihr genehmigt werden müssen.

- dass an geeigneten Orten, wie beim Toilettenhäuschen am Falckensteiner Strand, zur Reduzierung von Plastikflaschen Trinkwasserbrunnen installiert werden.
- Auch soll die Ratsfraktion prüfen lassen, ob die Aufstellung weiterer vogel- und windsicherer Mülleimer in ausreichender Größe und Behälter zur

Entsorgung von Grillkohle an den Kieler Stränden nötig und durchführbar ist.

- Der Kreisverband Kiel nimmt weiterhin alljährlich am Coastal Cleanup Day teil und wirbt aktiv und über diverse Kanäle um Teilnahme.

- Um das Müllaufkommen am Strand weiter zu reduzieren, sollen die oben genannten Maßnahmen mit einer städtischen Kampagne gegen die Vermüllung der Kieler Strände verbunden werden.

1 Neben der Leihaschenbecherstation am Falckensteiner Fähranleger, die von vier Kieler Student*innen entworfen und in Zusammenarbeit mit den NaturFreunden Schleswig-Holstein und dem High Spirits Hochseilgarten aufgestellt wurden, und den Hosentaschenaschenbechern aus Warnemünde könnten auch die „Kippen-Killer“ des Tourismusverbandes Rügen, das Leihaschenbechersystem der Yooweedoo-Gewinner Kollekt aus Kiel oder die Miniatur-Aschenbecher aus Hanau als Vorbilder dienen.

2 Hier sind die auffällig gestalteten „Ostsee-Ascher“ aus Warnemünde ein gutes Beispiel.

Begründung

Lehren aus dem Coastal Cleanup Day ziehen

Als Kreisverband im ‚echten Norden‘ liegen uns Kieler GRÜNEN unsere Strände besonders am Herzen. Sie sind Naherholungsgebiet für die Kieler Bevölkerung, Touristenmagnet und Naturerlebnisraum und tragen insgesamt erheblich zur Lebensqualität in der Landeshauptstadt bei. Gleichzeitig sind die Kieler Strände aber auch besonders schützenswerte und schutzbedürftige Biotope. So ist das Steilufer in Schilksee Heimat der einzigen Uferschwalbenkolonie auf Kieler Stadtgebiet, und allein am Falckensteiner und Schilkseer Strand leben 76 Wildbienenarten. Jeder Eingriff in das Ökosystem Strand gefährdet das Überleben der dort lebenden, hoch spezialisierten Flora und Fauna.

Die von der Kieler Forschungswerkstatt gesammelten Ergebnisse des International Coastal Cleanup Day 2018 an der Kieler Förde zeigen, dass Freizeitnutzung und Natur- und Umweltschutz an den Kieler Stränden noch nicht genügend miteinander in Einklang stehen: an 100 Metern Strand wurden durchschnittlich 7 Kilogramm Müll gefunden.

Die Negativliste des an der Förde gesammelten Strandmülls wird angeführt von 27.552 Zigarettenkippen. Da diese eine besondere Umweltgefahr darstellen, besteht hier besonderer Handlungsbedarf. In den weggeworfenen Filtern konzentrieren sich giftige und krebserregende Stoffe wie Nikotin, Arsen und diverse Schwermetalle, die Boden und Wasser belasten – mit den entsprechenden Folgen für Mensch, Tier und Pflanzenwelt. Bis die Filter verrottet sind, dauert es mehrere Jahre. Am Strand verfügbare Mitnehm-Aschenbecher können hier Abhilfe schaffen.

Neben Zigarettenkippen wurden an der Förde bei der Sammelaktion 2018 knapp 11.000 Müllteile aus Plastik und Styropor, 3.631 Lebensmittelverpackungen, 1.391 Glasteile und 1.089 Kronkorken gefunden. Diese Zahlen müssen in naher Zukunft drastisch reduziert werden.

Von besonderer Bedeutung ist für das Sauberhalten der Strände aber auch ein entsprechendes Problembewusstsein in der Bevölkerung, das durch Aktionen wie den Coastal Cleanup Day befördert werden kann und sollte. Neben unserer aktiven Teilnahme an dieser weltweiten Aktion gehört dazu auch das Bewerben und anschließende Reflektieren der Veranstaltung über die sozialen Medienkanäle des KV Kiel.

Quellen:

Ergebnisposter des International Coastal Cleanup am 14.09.2018 an der Kieler Förde, koordiniert durch die Kieler Forschungswerkstatt.

Deutsches Krebsforschungszentrum (Hrsg.): Umweltrisiko Tabak – von der Pflanze zur Kippe, Heidelberg 2009 (Rote Reihe Tabakprävention und Tabakkontrolle, Bd. 11), S. 52-54.

Beschluss Kieler Strände im Norden - Anbindung/Attraktivität/Infrastruktur	
Antragsteller*in:	Götz Daniel, Lisa Kragh (KV Kiel)
Tagesordnungspunkt:	4.4.3 Kieler Strände im Norden - Anbindung/Attraktivität/Infrastruktur - Götz Daniel / Lisa Kragh

Antragstext

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Um die Kieler Strände für die Kieler Bevölkerung als naturnahes Naherholungsgebiet zu schützen, den naturnahen Tourismus zu stärken, sowie die Anbindung, die Attraktivität und die Infrastruktur zu verbessern beschließt die Kreismitgliederversammlung folgende Maßnahmen:

- Die Ratsfraktion wird aufgefordert, sich in der Ratsversammlung dafür einzusetzen,
- dass an geeigneten Orten direkt am Strand sowie bei den Toilettenhäuschen am Falckensteiner Strand und kleinen Strand (Skagerrakufer), Trinkwasserbrunnen und Kaltwasserduschen mit geeigneter Beschilderung installiert werden
- dass die Toilettenhäuschen regelmäßig gestrichen und auch für das Umkleiden eingerichtet werden und am kleinen Strand Skagerrakufer ein Toilettenhäuschen eingerichtet wird.
- Auch soll die Ratsfraktion prüfen lassen, ob es sinnvoll ist feste Grillplätze einzurichten (häufig in Dänemark zu sehen), die auch regelmäßig gereinigt werden, dafür die Verwendung von Einweggrills reduziert wird, und ob die Aufstellung weiterer Mülleimer und Behälter zur Entsorgung von Grillkohle an den Kieler Stränden nötig und durchführbar ist.
- dass geeignete Holzbänke mit Sicht aufs Wasser an der Promenade in attraktiver Form eingerichtet werden
- dass Fahrradstandbügel auch am Kleinen Strand (Skagerrakufer) eingerichtet werden
- dass die Hecken und Bereiche der Fahrradbügel nicht verwildern und mit Weiden, Beifuß, Disteln etc. überwuchert werden
- dass der Weg zum Fähranleger hochgelegt wird, ähnlich wie die anderen Strandstege für Menschen mit Behinderungen;
- dass angemessene Parkgebühren eingeführt werden und die Einnahmen für die Pflege der Strände genutzt werden
- dass die Anbindung durch umweltschonenden Verkehr verbessert wird, so durch die Umwidmung des Braunen Berg zur Fahrradstraße und eine bessere Beschilderung für Fahrradfahrer/innen und Fußgänger/innen zum Falkensteiner Strand sowie Kleiner Strand am Skagerrakufer. Zudem soll

eine baldige Durchwegung des Harder-Geländes (Gewerbegebiet Friedrichsort) zum Strand/Festung angestrebt werden.

- Dass eine Ausweisung eines FKK Bereiches z.B. beim Leuchtturm erfolgt
- Es soll geprüft werden, ob Schließfächer am Strand nach dem Vorbild aus Kapstadt „Liberty Lockers“ eingerichtet werden können

Begründung

Die Strände im Norden sind Perlen des Kieler Stadtgebietes.

Im gewissen Sinne sind die Strände im Norden Perlen des Kieler Stadtgebietes, was auch durch die Festlegung des Falckensteiner Strandes zum Landschaftsschutzgebiet unterstrichen wird. Die Pflege und investive Maßnahmen zur Verbesserung der Situation, auch vor dem Hintergrund der Ergebnisse von INSEKK (Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept Kiel Pries/Friedrichsort) sind bisher nicht ausreichend bedacht. Anregungen hieraus und weitergehende Umsetzungen sind erforderlich, um bald eine spürbare Verbesserung der Situation an den Stränden zu erreichen.

Als Kreisverband im ‚echten Norden‘ liegen uns Kieler GRÜNEN unsere Strände besonders am Herzen. Sie sind Naherholungsgebiet für die Kieler Bevölkerung, Touristenmagnet und Naturerlebnisraum und tragen insgesamt erheblich zur Lebensqualität in der Landeshauptstadt bei.

Neben dem Antrag zur ökologischen Verbesserung soll auch die Attraktivität der Strände zeitgemäß verbessert werden und verschiedenen Ansprüchen einer naturverträglichen Nutzung und unterschiedlichen Bedürfnissen der Strandnutzenden gerecht werden.

Die Anbindung der Strände für den umweltschonenden Verkehr soll verbessert werden.

Quellen:

Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept Kiel Pries/Friedrichsort, Stadtplanungsamt März 2013.

Anregungen Grüner Stammtisch nördlich des Kanals, Juli 2019.

Beschluss Naturerhaltende Maßnahmen unterstützen	
Antragsteller*in:	Heidelore Graf, David Poggemann (KV Kiel)
Tagesordnungspunkt:	4.4.4 Naturerhaltende Maßnahmen unterstützen - Heidelore Graf / David Poggemann

Antragstext

Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Kiel fordert die Landesregierung auf, sich auf EU- und Bundesebene stärker für eine grundlegende Reform der Agrarpolitik in Deutschland sowie in der gesamten EU einzusetzen. Konkret fordern wir, dass Bäuer*innen und Landwirt*innen, die auf klima- und umweltschonende Landwirtschaft setzen sowie naturerhaltende Maßnahmen bei der Bewirtschaftung ihrer Felder berücksichtigen, finanzielle Unterstützung - auch bei der regionalen Vermarktung - erhalten! Hingegen sollen Bäuer*innen und Landwirt*innen, die diese Aspekte nicht bzw. nur unzureichend berücksichtigen, die finanziellen Zuwendungen gekürzt oder sogar gestrichen werden. Gleichzeitig fordern wir die Stadt Kiel auf, sich deutlich für eine regionale, nachhaltige und ökologische Produktion von Lebensmitteln einzusetzen, indem sie gute Vertriebsbedingungen für die Produzent*innen schafft. Dies kann z.B. durch stärkere Förderung der regionalen Märkte (Stichwort permanente Regional-Märkte auf dem Alten Markt oder in einer Markthalle auf dem Exerzierplatz) bzw. gezielten Vergünstigungen bei Vertrieb ausschließlich saisonaler, regionaler Lebensmittel aus biologischem Anbau bewirkt werden. Diese und weitere Ansätze gilt es zu prüfen.

Begründung

Die konventionelle Landwirtschaft trägt in erheblichem Maße zu klima- und umweltschädlichen Entwicklungen bei. Verstärkter Ausstoß von klimaschädlichen Gasen, die Überdüngung der Böden und Gewässer sowie das Insektensterben sind nur drei von vielen Beispielen. Die Subventionierung durch Bund und EU setzen hier zusätzlich falsche Anreize, sodass z.B. immer weniger Landwirt*innen und Bäuer*innen auf immer größeren Flächen mit immer natur- und umweltschädlicheren Methoden wirtschaften müssen, um einen möglichst niedrigen Preis für Lebensmittel am Markt zu generieren, da sie sonst nicht konkurrenzfähig sind. Diese Entwicklung führt massiv zur Aufgabe vieler kleinerer Betriebe. Diesem Trend gilt es entgegenzuwirken. Daher ist eine Reform der Agrarpolitik auf EU und Bundesebene überfällig. Regional kann eine Stadt wie Kiel zusätzlich Anreize schaffen, dass Erzeuger*innen von regionalen, saisonalen, klima- und umweltschonenden Lebensmitteln gute Vertriebsmöglichkeiten haben. Dazu sollten verschiedene Wege geprüft werden.

Beschluss Parkraumbewirtschaftung

Antragsteller*in:	Arne Stenger, Arne Langniss, Jürgen Meereis (KV Kiel, AK 1 der Fraktion)
Tagesordnungspunkt:	4.4.5 Parkraumbewirtschaftung - Arbeitskreis 1 der Fraktion et al.

Antragstext

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Um eine Reduktion des MIV (Motorisierten Individual Verkehr, hier besonders der verbrennungsmotorengetriebenen PKWs) im Innerstädtischen zu erreichen, ist eine Parkraumbewirtschaftung unbedingt erwägenswert. Deshalb sollen die Auswirkungen einer großflächigen Parkraumbewirtschaftung auf die Immissionen und die Verkehrssituation im Stadtgebiet – unter besonderer Berücksichtigung des Theodor-Heuss-Rings – von der Stadt Kiel untersucht und dargestellt werden. Die zu untersuchenden Flächen sind zunächst begrenzt auf alle Flächen, die innerhalb des Westrings, südlich der Saarbrückenstr. des Theodor-Heuss-Rings, der B 76 und des Ostrings (bis zum Werftpark) liegen. Zudem begrenzen Paul-Fuß-Straße/Düvelsbeker Weg/Koesterallee auf dem Westufer, und Große Ziegelstraße/Werftstraße/Zur Fähre auf dem Ostufer das Gebiet.

Dargestellt werden sollen die Wirkungen spürbarer Parkgebühren (versch. Varianten) und Höchstparkzeiten. In diesem Sinne ist auch zu untersuchen, wie die Parkraumbewirtschaftung zu gestalten ist, um eine signifikante Reduzierung der Verkehrsbelastung zu erreichen (u. a. mit best-practice-Beispielen aus anderen, vergleichbar großen Städten) Für Anwohner*innen sind „Bewohnerparkbereiche“ einzurichten. Dabei sind gleichzeitig die Auswirkungen folgender Maßnahmen in Form optionaler Szenarien zu betrachten:

• Einführung von P+R-Plätzen im Bereich der Haupt-Einfallrouten des motorisierten Individualverkehrs nach Kiel (B 502, B 76, B 404, A 210, A 215, B 503), von denen aus die Innenstadt mit kurzer Taktung über Schnellbuslinien oder ggf. Regionalzüge erreichbar ist. Buslinien könnten dabei zur Erreichung einer insgesamt ausreichenden Auslastung zunächst das lokale Umfeld bedienen und dann vom P+R-Platz aus als Schnellbus in die Innenstadt geführt werden.

• Einführung eines Monats-Parktickets, dessen Preisgestaltung die Nutzung des ÖPNV attraktiver macht. Die Ergebnisse der Untersuchungen sollten Ende des 2019 vorliegen.

Begründung

Deutsche Großstädte wie Kiel werden durch die ständig wachsende Verkehrsbelastung immer stärker in Mitleidenschaft gezogen, die Lebensqualität der Menschen sinkt dadurch erheblich. Allein in Kiel ist die Zahl zugelassener Kraftfahrzeuge zwischen 2007 und 2017von 110.196 auf 127.006 gewachsen. Die weit über den Grenzwerten liegende und bundesweit herausragende Belastung mit Luftschadstoffen am Theodor-Heuss-Ring macht auch noch einmal deutlich, wie gesundheitsschädlich diese Entwicklung ist. Neben der Gefährdung der Menschen durch Luftschadstoffe hat die Zunahme des Verkehrs auch den „Verteilungskampf" um den öffentlichen Raum verschärft. Immer mehr und immer größere Fahrzeuge (Stichwort: SUVs) treten in Konkurrenz zu umweltfreundlicheren Formen der Mobilität wie mit dem ÖPNV, zu Fuß oder auf dem Rad. Ständige Staus machen die Nutzung des ÖPNV wenig attraktiv, weil auch Busse darin stecken bleiben. Die überfällige Ausweitung des Verkehrsraums für die Nutzung mit dem Fahrrad (Pedelec) oder auch eScootern, von der auch Fußgänger*innen erheblich profitieren würden, scheitert am Druck – auch durch den unerhörten Parkdruck in der und rund um die Innenstadt.

In einer flächenarmen Stadt wie Kiel ist es höchste Zeit zu überprüfen, welche Effekte mit einer Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung zu erreichen sind. Richtig eingesetzt, motiviert diese auch z.B. Pendler*innen motivieren, auf den ÖPNV umzusteigen oder wenigstens Fahrgemeinschaften zu bilden. Wie groß diese Effekte sein können, gilt es in einem Gutachten zu untersuchen.

Im Gutachten geht es darum, wie die Parkraumbewirtschaftung, in Kombination mit dazu korrespondierenden Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV, zur Erreichung einer spürbaren Entlastung des Stadtgebietes führen könnte. Dabei ist auch eine Kombination von Park- und ÖPNV-Tarifen sowie deren rechtliche Zulässigkeit zu untersuchen.

Beschluss BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Kiel schließen alle geschlossenen Facebook-Gruppen	
Antragsteller*in:	Paul Brauche, Jens Wartenberg, Michael Brantner, Sven Krumbeck, Norbert Treskowski, Oliver Voigt, Daniela Sonders (KV Kiel, AK Digitales)
Tagesordnungspunkt:	4.4.8 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Kiel schließen alle geschlossenen Facebook-Gruppen - Paul Brauche et al.

Antragstext

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Bündnis 90 / Die Grünen Kiel schließen innerhalb von 8 Wochen alle geschlossenen Facebook-Gruppen die von ihnen offiziell verantwortet werden. Sie sprechen sich gegen die Nutzung von geschlossenen Facebook-Gruppen aus, die in ihren Namen Bündnis 90 / Die Grünen Kiel tragen oder ein eindeutiges Bündnis 90 / Die Grünen Kiel Identifikationsmuster verwenden (Farben, Labels etc.).

Alle Gremien der Grünen Kiel arbeiten darauf hin, geschlossene Diskussionen in den transparenten, aber geschützten, Bereich des Grünen Netzes zu verlagern wie z.B. https://chatbegruenung.de/ .

Vorstand und Fraktion erarbeiten mit dem AK Digitalisierung einen Plan für erleichterten Zugang.

Begründung

Teil 1:

Für Facebook-MitgliederInnen existiert eine eigene Berechtigungsverwaltung. Nur MitgliederInnen können – je nach Berechtigung – Inhalte anpassen. Geschlossene Bereiche können also nur von den explizit Berechtigten eingesehen werden.

Die Firma Facebook kann jederzeit die Berechtigungsverwaltung umgehen. Facebook-MitarbeiterInnen können Passwörter Ihrer MitgliederInnen einsehen (https://www.heise.de/newsticker/meldung/Firmen-speicherten-ungeschuetzt-Daten-von-Facebook-Nutzern-4359264.html) .

Auch für Auswertungen werden Daten verkauft (3. Absatz https://de-de.facebook.com/legal/terms), hier wird nicht unterschieden, ob diese Daten aus geschlossenen oder offenen Facebook-Gruppen kommen.

Hier zwei Beispiele:

1. Cambridge Analytica, wertete 50 Millionen Facebook-NutzerInnenprofile aus. Die NutzerInnen erfuhren nur durch einen Insider davon. (https://www.heise.de/select/ct/2018/8/1523576391275948)

2. Firmen erhalten millionenfach direkten Zugang zu BenutzerInnendaten (https://www.heise.de/select/ct/2019/2/1546930271017776)

Das Berechtigungssystem von Facebook ist also nur für nicht zahlende Facebook-BenutzerInnen wirksam. Wer sich die Daten kauft, kann diese technisch auswerten oder weitergeben.

Für uns bedeutet das, dass wir keine „Hoheit“ über „Diskussionen“ in geschlossenen Bereichen haben.

Teil 2:

Nur Facebook-UserInnen können den „Diskussionen“ wirklich folgen. Auch wenn dort nichts „diskutiert“ wird, was wirklich „wichtig“ ist, so kann diese Aussage doch nur von Facebook-UserInnen überprüft werden. Hier fehlt Transparenz für alle MitgliederInnen.

Bündnis 90 – Die Grünen stellen umfangreiche Techniken zur Verfügung die sich gut bedienen lassen und für alle MitgliederInnen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Auch hier sind Diskussionen möglich. Durch die Vergabe der elektronischen Mitgliedschaft bei Bündnis 90 – Die Grünen ist auch eine Authentifikation der BenutzerInnen gegeben. Eine Diskussion ist hier also für alle MitgliederInnen transparent.

Der Antrag ist ein Ergebnis Arbeitskreis Digitales der Kieler Grünen.